

KREISSTADT METTMANN Der Bürgermeister		Drucksachennummer 192/2011
Beschlussvorlage		
Soziales	öffentlich	☒
Heinrich, Beate	nicht öffentlich	☐

Gremium:	TOP-NR:	Datum:
Sozial- und Familienausschuss	8	07.06.2011

Berufung von ehrenamtlichen Richtern
für das Sozialgericht

Finanzielle Auswirkungen

Kosten

Produkt

Haushaltsjahr

Folgekosten

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung ☐ ja ☐ nein

Deckungsvorschlag

UMWELTBELANGE werden besonders berührt im Bereich:

☐ Abfall	☐ Wasserhaushalt	☐ Klima
☐ Boden	☐ Natur- und Artenschutz	☐ Emissionen / Immissionen

BESCHLUSSVORSCHLAG

In die Vorschlagsliste als ehrenamtliche Richterin/Richter für das Sozialgericht Düsseldorf werden aufgenommen:

Richterin / Richter _____ _____	Vertreterin / Vertreter _____ _____
--	--

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			
SPD			
Bündnis 90 – Die Grünen			
FDP			
UBWG			
Die Linke			

Verwaltungserläuterung:

Die Bezirksregierung Münster hat mit Schreiben vom 19. April 2011 um eine Vorschlagsliste für die Wahl zum ehrenamtlichen Richter am Sozialgericht Düsseldorf aus dem Bereich der Stadt Mettmann gebeten. Es sollen fünf Personen benannt werden, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und über entsprechende Erfahrungen auf dem Gebiet der Kriegsopferversorgung oder des Schwerbehindertenrechts verfügen.

Gemäß § 17 Abs.1 SGG müssen ehrenamtliche Richterinnen und Richter Deutsche sein.

Bei der Auswahl der geeigneten Personen sind die Bestimmungen der §§ 17 und 18 SGG (siehe Anlage) sowie des Gesetzes zur Prüfung von Rechtsanwaltszulassungen, Notarbestellungen und Berufungen ehrenamtlicher Richter zu beachten.

Das Gesetz sowie ein Auszug aus dem Sozialgerichtsgesetz (SGG) sind als Anlage beigelegt.

Des Weiteren soll es sich nicht um Personen handeln, die eine prozessvertretende Tätigkeit vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit ausüben und es sollte nicht vorgeschlagen werden, wer den Ladungen zu den Sitzungen wegen beruflicher oder sonstiger Belastung nur selten Folge leisten kann.

Die freien Träger, die Kirchengemeinden und die politischen Parteien sind mit Schreiben vom 06.05.2011 gebeten worden, dem Sozial- und Familienausschuss geeignete Bewerber vorzuschlagen.

Außerdem wurde in der örtlichen Presse darauf hingewiesen. Die Verwaltung wird in der Sitzung berichten.